ERSCHEINUNGSORT WIEN/P.B.B./VERLAGSPOSTÄMTER 1150 WIEN, 2700 WR. NEUSTADT/GZ 02Z03355M NUMMER 7-8-9/2004, 1 EURO

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

1934-1945

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN

# Das Gespenst des Terrors

Ein Gespenst geht um in der Welt – das Gespenst des Terrorismus, könnte man den berühmten Anfangssatz des Kommunistischen Manifests heute abwandeln. Es ist ein Gespenst, das sich in durchaus realen Menschen und in ebenso realen Untaten materialisiert; aber ein Gespenst auch deshalb, weil die Angst, die sein Auftreten auslöst, ein Schutzbedürfnis produziert, das Freiheit und Achtung der Menschenrechte zu unterdrücken droht.

**Amerika** nimmt den Tod von vielen Tausenden Zivilisten bei der Terrorbekämpfung als „Kollateralschäden" in Kauf. Gefangene aus dem Afghanistankrieg werden jahrelang widerrechtlich in Lager gesteckt, aus dem Irak kommen erschütternde Folterberichte, und im eigenen Land werden Bürgerrechte eingeschränkt. Und Putin nützt den Tschetschenenterror, um sich als neuer Zar aufzubauen, sodass nicht nur Gorbatschow, sondern sogar Jelzin vor dem Machtrausch seines Nachfolgers warnt und die Demokratisierung Russlands in weite Ferne rückt.

**Terror ist eine Art** der Kriegführung, aber eine, die aus der Ohnmacht kommt; die Schwachen sehen in ihm die Chance, den Mächtigen abzuringen, was sie in offenem Kampf nicht erreichen könnten. Wir haben Terror in den letzten zwei Jahrhunderten in den verschiedensten Formen kennen gelernt: sozial motiviert in der Auseinandersetzung der Anarchisten mit Obrigkeitsstaat und Kapital, national im Ringen um Selbstbestimmung und Beseitigung kolonialer Unterdrückung, oder als Kampfmittel gegen militärische Besetzung und diktatorischen Staatsterror. Dass ihm Unbeteiligte zum Opfer fallen, hat er zwar mit modernen Kriegen gemeinsam, ergibt sich aber aus der Unterlegenheit des Terroristen gegenüber der etablierten Macht.

Allerdings hat der Terrorismus am 11. September 2001 eine neue Qualität erhalten, die mit seinen bisherigen vielfältigen Motiven nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Nur eines ist gleich geblieben: Auch der selbstmörderische Flugzeugterror gegen die New Yorker Twin Towers und das Pentagon ist Ausdruck der Ohnmacht des islamischen Fundamentalismus, der dahinter steht. In lange zurückliegenden Zeiten war das noch anders. Sowohl Christentum als auch Islam waren imstande, sich durch Krieg über Kontinente auszubreiten. In der westlichen Welt hat die Aufklärung die Motivation, „Ungläubige" zu unterwerfen, beseitigt. Diese Aufklärung hat den Orient nie erreicht. Fundamentalisten, die sich im göttlichen Auftrag wähnen, ihren Glauben mit Gewalt verteidigen und womöglich verbreiten zu müssen, wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen; wobei ihre Organisatoren religiöse Verheißungen wohl auch für ganz andere Ziele missbrauchen. Und dabei kommt die durch die Religion mitverursachte Rückständigkeit und Armut breiter Bevölkerungsschichten zum Tragen: Sympathieäußerungen für den Terror bleiben keineswegs nur klammheimlich.

Einer der wenigen arabischen Terrorexperten, Diaa Rashwan in Kairo, vertritt die Meinung: „Nach dem Afghanistan- und Irak-Krieg ist der Stern der militanten Islamisten als eine Art Befreiungskämpfer gegen eine ausländische Besetzung wieder aufgegangen. Ihr Image in der arabischen Welt war noch nie besser."

**Der Irak-Krieg** Bush's, völkerrechtswidrig und mit verlogenen Argumenten begründet, goss Öl ins Feuer: Den mehr als tausend GIs, die ihr „Kriegspräsident" in den Tod schickte, stehen 18.000 tote Zivilisten und geschätzte 30.000 bis 65.000 tote irakische Soldaten gegenüber. Und Putin hat es geschafft, einen regionalen Konflikt um nationale Selbstbehauptung von verbrecherischen Islamisten vereinnahmen zu lassen, die einen Massenmord an Schulkindern, Eltern und Lehrern verursachten – egal, von wessen tödlichen Waffen sie getroffen wurden.

So wichtig Wachsamkeit ist, um die Terroristen an neuen Verbrechen zu hindern, die ohne Rücksicht auf schuldlose Opfer, ja sogar mit gezielter erpresserischer Absicht begangen werden, so wird der Terror dadurch allein nicht zum Verschwinden gebracht werden. Man darf fragen: In welcher Gesellschaft müssen Menschen leben, die sich bereitwillig in ein Flugzeug setzen, um mit ihm in den sicheren Tod zu fliegen, bereit sind, sich mit Dynamit im Auto in die Luft zu sprengen oder das mit einem Bombengürtel um dem Bauch im Bus oder auf dem Markt zu tun? Das ist, als Massenerscheinung, nur in einer Lage verzweifelter Aussichtslosigkeit in persönlicher wie gesellschaftlicher Hinsicht möglich. Wenn die Milliarden, die der Irak-Krieg kostete und weiter kostet, für die Änderung der Lebensverhältnisse verwendet würden, wäre dies – und nicht das Gaukelbild einer von den Zerstörern der Wirtschaft und Kultur verordneten Demokratie – das wahre Lehrstück für die Schaffung von Verhältnissen, in denen Terror wirklich nur noch ein Fall für die Psychiatrie wäre.

Das Niederbomben des immer wieder aufflammenden Widerstandes, die Einsetzung willfähriger oder korrupter Statthalter und das Leben der breiten Masse in Armut und Unwissen hingegen werden nur neue Terroristen hervorbringen. ■

*Manfred Scheuch*

# Schock in Sachsen: NPD so stark wie SPD

Alarmsignal aus Deutschland: Im Bundesland Sachsen errang bei den Landtagswahlen die rechtsextreme NPD mit 9,2 Prozent der Stimmen fast den gleichen Stimmenanteil wie die SPD, die dort zum ersten Mal in der Geschichte bei einer Landtagswahl auf einen einstelligen Prozentsatz abrutschte. Auch im Land Brandenburg konnte die weit rechts stehende „Deutsche Volksunion" (DVU), die schon bei der letzten Wahl mit einem noch sehr knappen Ergebnis ein Mandat ergattert hatte, ihren Wähleranteil auf rund 6 Prozent erhöhen. Und einige Wochen zuvor hat die NPD im Saarland den Einzug in den Landtag nur knapp verfehlt.

Zwar konnten in Brandenburg die SPD und in Sachsen die CDU ihre Stellung als jeweils stärkste Partei trotz hohen Verlusten halten, doch müssen sie nun Koalitionen eingehen. Die größten Stimmenzuwächse erhielt die postkommunistische PDS, die in beiden Ländern den zweiten Platz einnimmt. Diese Nachfolgepartei der einstigen SED hat sich zwar von ihrer DDR-Vergangenheit gelöst, ihr Erfolg, der ihr auch Hoffnung auf den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag gibt, liegt ganz offenbar in dem bislang unbewältigten Problem der Arbeitslosigkeit, das die neuen Bundesländer besonders hart trifft, und den Sparmaßnahmen der rot-grünen Regierung. Gegen sie ist die PDS mit zum Teil sehr populistischen Forderungen angetreten.

**Die NPD,** die erst vor anderthalb Jahren einem Verbot wegen Verfassungsfeindlichkeit und Volksverhetzung infolge eines Verfahrensfehlers entgangen ist, hat sich im Wahlkampf mit Hetze gegen Ausländer, Sozialdemagogie und extremem Nationalismus hervorgetan. Sie erzielte in Sachsen die stärksten Zugewinne aller Parteien. Die Wurzeln dieser Entscheidung so vieler Wähler für diese Partei liegen offenkundig im Protest gegen die für viele fühlbare Benachteiligung der Ostdeutschen. Eine Meinungsumfrage vor der Wahl hat ergeben, dass 50 bis 60 Prozent sich als zweitklassig behandelt fühlen und meinen, dass sie „nicht das bekommen, was ihnen zusteht". Insbesondere die Arbeitslosen sind, wie die Zahlen einer sofortigen Wahlanalyse ergaben, von der Politik der Regierungspartei SPD, aber auch der oppositionellen CDU enttäuscht. Ein hoher Prozentsatz der Arbeitslosen wählte entweder die PDS oder die NPD.

Die Lehre aus der Geschichte der Weimarer Republik wäre zu beherzigen: Auch damals haben Arbeitslosigkeit und Not wesentlich zum Zulauf zu Hitler beigetragen. Die Regierenden sollten nie vergessen: Auch die Nazipartei ist aus kleinen Anfängen in einer Zeit der Krise explosiv gewachsen. ■

# Gerhard Schröder beim Gedenken an den Warschauer Aufstand

Foto: Sammlung des Museums des Polnischen Heeres in Warschau

**Die polnische Fahne über den Trümmern von Warschau – Zeichen des heldenhaften Widerstands**

An den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstandes nahm erstmals ein deutscher Bundeskanzler offiziell teil. Gerhard Schröder würdigte den Mut der kleinen Gruppe der polnischen Heimatarmee, die sich Anfang August 1944 gegen die deutsche Besatzung erhob und bis Anfang Oktober gegen eine Übermacht der Waffen-SS kämpfte. Freilich hofften die Aufständischen, dass die auf der anderen Seite der Weichsel stehenden sowjetischen Truppen in die Kämpfe eingreifen würden oder dass zumindest westliche Luftunterstützung gegeben wird. Da beides aus politischen Gründen nicht erfolgte, wurde der im Stich gelassene Aufstand von den SS-Truppen brutal niedergeschlagen. Auf Befehl Hitlers wurde die Innenstadt total zerstört. Die Heimatarmee verlor fast alle ihre Kämpfer – zirka 18.000 Frauen und Männer. In den Kämpfen starben auch mehr als 180.000 Zivilisten.

**Schröder grenzte** sich in seiner Rede vor den überlebenden Widerstandskämpfern und den offiziellen Vertretern Polens klar von den Entschädigungsforderungen deutscher Vertriebener ab. Er sagte: „Die Bundesregierung wird solchen Ansprüchen entgegentreten und dies auch vor jedem internationalen Gericht deutlich machen. Die gemeinsame Verantwortung Deutschlands und Polens in Europa darf nicht von Uneinsichtigen in Frage gestellt werden." Schröder lehnte auch die Errichtung eines offiziellen Dokumentationszentrums über die Vertreibung in Berlin ab.

Hintergrund dieser Haltung ist, dass Deutschland an Polen für die angerichteten Schäden des Zweiten Weltkriegs auch bisher keine Reparationen gezahlt hat und die aus dem Osten vertriebenen Deutschen schon vor Jahren Entschädigungen, die allerdings nicht den wahren Verlusten entsprechen konnten, erhalten haben.

Wir erwähnen diese Tatsache, weil in Österreich von der schwarz-blauen Regierung eine andere Haltung eingenommen wird. So hat erst vor kurzem die Vorsitzende der FPÖ, Staatssekretärin Haubner, eine Fortführung der Diskussion über Entschädigungen und Revisionen von Gesetzen im Interesse der Vertriebenen verlangt. Dabei wird stets auf die Vorgeschichte der Vertreibungen vergessen und damit werden die bilateralen Beziehungen mit Staaten, die auch der EU angehören, erschwert. ■

*Ernst Nedwed*

# Carl Szokoll 1915–2004
# Ein Kämpfer für Österreichs Freiheit

Carl Szokoll, der „Retter von Wien", wie er mit Recht genannt wird, ist nicht mehr unter uns. Nach einem erfüllten Leben wurde er am 10. September 2004 in einem Ehrengrab der Stadt Wien beigesetzt. An der Trauerfeier nahmen Politiker, viele Freunde und Mitstreiter im Kampf gegen den Nationalsozialismus und hohe Offiziere, unter ihnen der Militärkommandant von Wien, Karl Semlitsch, und hohe Vertreter des österreichischen Bundesheeres teil. Erwähnt sei auch die Teilnahme des Bundesministers für Landesverteidigung Günther Platter und des Mitstreiters Carl Szokolls, Prof. Fritz Molden, sowie Angehöriger der Nachkriegsgeneration. Die Gedenkreden hielten BM a. D. Karl Lausecker und der Erste Präsident des Wiener Landtags, Johann Hatzl. Lausecker erwähnte den Mut des Verstorbenen, der in der schweren Zeit des Nationalsozialismus Zivilcourage gezeigt hat. Hatzl erinnerte an die Ereignisse im April 1945, als Hitler die Zerstörung Wiens befahl. Wäre die Zerstörung der Stadt gelungen, hätte dies den Tod tausender Menschen bedeutet. Carl Szokoll war es, sagte Hatzl, der Wien ein ähnliches Schicksal der Zerstörung wie Budapest oder Berlin ersparte. Um Budapest wurde sechs Wochen gekämpft! Hatzl erinnerte auch daran, dass Szokoll zu jenen Persönlichkeiten gehörte, die schon im Juli 1944 für den Fall eines erfolgreichen Attentats auf Hitler alle Vorbereitungen für die weitere Zukunft getroffen hatten. Nur glücklichen Umständen ist es zu verdanken, dass er nicht entdeckt wurde.

Als Ende 1944 der Befehl kam, Wien notfalls durch eigene Truppen zu zerstören, nahm Szokoll Kontakt mit Vertretern des zivilen Widerstandes und den heranrückenden sowjetischen Truppen auf und erarbeitete einen Plan zur Befreiung Wiens. Zu diesem Zweck fuhren der damalige Oberfeldwebel Ferdinand Käs, ein Freund und Vertrauter Szokolls, und der Obergefreite Johann Reif durch die Hauptkampflinien unter ständiger Todesgefahr als Parlamentäre nach Hochwolkersdorf in Niederösterreich, um die russischen Truppen über die Verteidigungspläne der deutschen Truppen, angeführt von der SS, im Raum Wien zu informieren. Käs verlangte als Gegenleistung die Einstellung der Luftangriffe auf Wien, den Schutz der Hochquellwasserleitung und die Freilassung österreichischer Kriegsgefangener. Wenig bekannt ist, dass Carl Szokoll den Befehl mit dem Codewort „Gneisenau", der die Zerstörung Wiens vorsah, in „Operation Radetzky" umwandelte, die zur Rettung Wiens führen sollte.

In einem am 10. September 2004 in der Tageszeitung „Die Presse" erschienenen Artikel erinnerte Generalmajor Karl Semlitsch an einen gemeinsamen Auftritt mit Carl Szokoll mit den Worten: „Die Erinnerung an 50 Jahre 20. Juli 1944 blieb im Bundesheer ein leeres Blatt. Der erstmalige Auftritt Carl Szokolls gemeinsam mit dem Bundesheer, das ihm lange fremd geblieben war, erfolgte bei einer militärischen Feier anlässlich der Erinnerung an die Rettung Wiens 50 Jahre zuvor im Jahr 1995 am Floridsdorfer Spitz." An diesem Ort waren die Mitkämpfer Szokolls, Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke, am 8. April 1945 von den NS-Schergen hingerichtet worden. Im Jahr 2003 überreichte Bürgermeister Dr. Michael Häupl Szokoll die Ehrenurkunde eines „Bürgers von Wien". Carl Szokolls Wirken wurde heuer bei einer Feier anlässlich der sechzigsten Wiederkehr des Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 im Heeresgeschichtlichen Museum von dessen Leiter, Univ.-Prof. Manfried Rauchensteiner, und Verteidigungsminister Platter gewürdigt. Für Carl Szokoll und seine Freunde bedeutete diese, wenn auch verspätete, Ehrung eine Genugtuung.

Foto: R.K.

**Carl Szokoll erhält von Bürgermeister Häupl die Ehrenurkunde eines „Bürgers von Wien"**

**Carl Szokoll** wird uns fehlen. Trotz seines hohen Alters folgte er den Einladungen zu Vorträgen über die jüngere Geschichte unseres Landes – und das nicht nur in Österreich. Als Kenner und Vertreter des österreichischen Widerstandes vom damaligen Botschafter Dr. Otto Maschke eingeladen waren, in den Niederlanden über den österreichischen Widerstand gegen das Naziregime zu berichten, war Carl Szokoll dabei. Er und seine Begleiter, Univ.-Prof. Erika Weinzierl, Univ.-Prof. Wolfgang Neugebauer und der Autor dieses Artikels, Alfred Ströer, berichteten über den Widerstand in Österreich, der tausende Frauen und Männer das Leben kostete. Vor allem der Vortrag von Carl Szokoll wurde mit großem Interesse aufgenommen. Viele der Teilnehmer an dieser zweitägigen Veranstaltung wussten wenig über den Widerstandskampf der österreichischen Patrioten. Sie erinnerten sich an die im Jahre 1940 durch Hitler eingeführte Zivilverwaltung, an deren Spitze die Österreicher Reichskommissar Dr. Seyß-Inquart und der höhere SS- und Polizeiführer Brigadeführer Hanns Albin Rauter standen. Rauter meldete am 2. März 1944 an Himmler, die Niederlande seien „judenfrei". Seyß-Inquart und Rauter wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Carl Szokoll und seine Freunde vermittelten den niederländischen Zuhörern ein anderes Bild von Österreich.

Auch mit seinen Büchern, „Der gebrochene Eid" und „Die Rettung Wiens 1945" hat sich Carl Szokoll ein Denkmal gesetzt und einen wertvollen Beitrag zum Kapitel österreichischer Zeitgeschichte geleistet. Dafür ist ihm zu danken.

Wir trauern um Carl Szokoll, um einen lieben Menschen und aufrechten, tapferen Patrioten. ■

*Alfred Ströer*

# „Haus der Heimat“ – brauner Fleck?

Foto: Grüner

**Auch die Autoren rechtsextremer Zeitschriften sind häufig Gäste im „Haus der Heimat“**

Auf dem Wiener Landesparteitag wurden diesmal einige Anträge eingebracht, die auch wir Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer mit Überzeugung begrüßen. Zum Beispiel befasst sich ein Antrag der Bezirksorganisation Landstraße aufgrund einer Initiative der Sozialistischen Jugend mit dem so genannten „Haus der Heimat“ in der Steingasse. Unter dem Titel „Keine braunen Flecken im dritten Bezirk“ wird darauf hingewiesen, dass sich in diesem Haus, das offiziell vom Verein der Volksdeutschen Landsmannschaften geführt wird, viele rechtsextreme Organisationen als Nutzer einfinden. So gibt es dort u. a. den „Neuen Klub“, der einst von ehemaligen Nationalsozialisten gegründet wurde und in dem es bis in die 70er Jahre hinein hieß, dass nur Männer deutscher Volkszugehörigkeit Mitglied werden können. Unter ihren Referenten findet man zum Beispiel:

- Lothar Höbelt: Historiker, deklarierter Deutschnationaler und Referent beim wegen Wiederbetätigung von den Behörden aufgelösten Verein Dichterstein Offenhausen.
- Karl Richter, der regelmäßige Erwähnung im deutschen Verfassungsschutzbericht findet; 1996 bezeichnete er den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess als „größte Rechtsbeugung in diesem Jahrhundert“.
- Walter Lüftl, bekannter Revisionist, Verfasser eines „Gutachtens“, das die Existenz von Gaskammern in KZs und Vernichtungslagern leugnet.
- Franz Schönhuber, ehemaliger Waffen-SS-Mann, Verfasser von antisemitischen Artikeln in „Nation & Europa“ sowie der Deutschen National-Zeitung.

**Im Antrag heißt es weiter:**

„Der offizielle Subventionsempfänger im Haus der Heimat ist der VLÖ, der „Verein der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs“. Zum einen bewegen sich Funktionäre des VLÖ in der organisierten rechtsextremen Szene, wie zum Beispiel Horst Mück und Karl Katary, der als Referent Verbindungen zur „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik – AFP“ pflegt. Nur einige Auszüge aus den Publikationen der AFP: In den „Kommentaren zum Zeitgeschehen“ erschienen: Die 3. Republik (1995), Vom roten und vom grünen Terror (1995), National 2000. Ein Diskussionsbeitrag (2000), Sozialismus und Nation. Mein Weg von der Sozialistischen Partei in den Vlaams Blok (2001). Außerdem werden Bücher angeboten wie: Wir singen, Lieder der volksdeutschen Jugend, Der Völkermord der Tito-Partisanen, Die Protokolle der Weisen von Zion, Freispruch für Adolf Hitler? – 1988 verboten vom Landesgericht für Strafsachen Wien. Die Aktivitäten sind Vorträge wie „Wie deutsch ist Österreich?“, „Welche Konsequenz hat das Wiedererwachen der deutschen Frage auf Österreich?“ oder ein Liederabend mit Frank Rennicke, dem Verfasser von „Mit 6 Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an.“

**In dem Antrag** wird dann weiter auf die verschiedenen Organisationen, die sich dort im Haus der Heimat ein Stelldichein geben, sowie auf einen Videoverleih mit gefragten Titeln wie „Die Deutschen im Osten“, „NSDAP-Reichsparteitag 1934“, „Triumph des Willens“ verwiesen. Weiters wird über die Organisation von Sonnwendfeiern im Wienerwald und Spendensammlungen zur Erhaltung des Deutschtums im Ausland verwiesen. Einige markante Zitate aus dem Eckartboten unter der Sparte Gedenktage: „Wir denken an den Geburtstag des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler“ und „Wir gedenken des Todestages des Politikers Reinhard Heydrich“.

Was nicht im Antrag steht, dabei aber nicht vergessen werden sollte, dass auch der rechtsorientiert nationalistisch sich gebärdende Kärntner Heimatdienst dort seine Veranstaltungen abhält und sich natürlich mit einem Leibthema der Rechtsausleger, den AVNOJ- und Beneš-Dekreten, befasste.

Der Antrag endet mit dem Aufruf „Als antifaschistische Partei müssen wir unseren Auftrag ernst nehmen und Tendenzen dieser Art im Kein ersticken“. Die Bezirkskonferenz der SPÖ Landstraße fordert daher:

- Die genaue Beobachtung des Hauses der Heimat durch die Behörden.
- Das Setzen eines Schwerpunkts zum Thema Faschismus und Rechtsextremismus mit ReferentInnen in den Sektionen und Nebenorganisationen sowie öffentliche Aktionen in diesem Bereich.
- Keine Subventionen von Bund und Land ans Haus der Heimat.
- Ein klares Auftreten der SPÖ gegen faschistische und rechtsextremistische Tendenzen jeder Art.

Nach einer eingehenden Diskussion wurde der Antrag mit einer Abänderung (betr. Subventionen) angenommen. Weitere Anträge, z. B. der Sozialistischen Jugend, befassten sich mit dem Thema „Austrofaschismus“ – was für die Aufklärungsarbeit ebenso zu begrüßen ist. Zu einer längeren Debatte kam es über den Antrag des VSStÖ, den Dr.-Karl-Lueger-Ring umzubenennen. Es sei unwürdig, dass die größte Universität Österreichs die Adresse eines Mannes trage, der Antisemitismus bewusst für seine Politik eingesetzt hat. Der Antrag wurde dem Wiener Parteivorstand zugewiesen. (Für Luegers kommunale Verdienste würde der Lueger-Platz mit dem großen Denkmal eigentlich genügen, Red.) ■

# Jahrestag der Ermordung von Oberstleutnant Robert Bernardis

Foto: Katalog „Tyrannenmord", Heeresgesch. Museum

**Robert Bernardis**

Am 8. August vor 60 Jahren wurde der österreichische Freiheitskämpfer Robert Bernardis von den Nationalsozialisten ermordet. Darauf weist der Nationalratsabgeordnete Dr. Vincenz Liechtenstein (ÖVP) gegenüber dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes hin. Die bisherigen Bemühungen der drei Opferverbände gemeinsam mit Abgeordneten aus verschiedenen politischen Lagern, neben Liechtenstein Prof. Albrecht Karl Konecny (SPÖ) und Mag. Terezija Stoisits (Grüne), und dem DÖW, eine Kaserne nach diesem „österreichischen Helden des 20. Juli 1944" zu benennen, hätten noch nicht zum Ziel geführt. Bloß ein erster Schritt sei gelungen. Etwas halbherzig habe man eine Gedenktafel für Robert Bernardis genehmigt. Doch man müsse mehr tun, um noch deutlichere Signale zu setzen.

Der Nationalratsabgeordnete möchte, dass Hermine Bernardis, die betagte Witwe, eine angemessene Ehrung ihres Mannes noch erlebt: „Sie will die Gewissheit, dass das Opfer ihres grausam hingerichteten Mannes von hohem Sinn erfüllt war. Das offizielle Österreich muss deutlich machen, dass unser Land aus der Geschichte gelernt hat. Der Innenhof der Rossauerkaserne sollte von nun an den Namen Robert Bernardis tragen. Ich setze mich mit Nachdruck dafür ein, dass sich unser Verteidigungsministerium auf diese Weise mit einem herausragenden österreichischen Widerstandskämpfer identifiziert."

**Es gehe dabei,** so hebt Dr. Vincenz Liechtenstein hervor, „auch um das Ansehen Österreichs in der Welt". Durch seine vielen Auslandskontakte könne er einschätzen, „dass Zögerlichkeit auf diesem Gebiet Österreich schadet. Die Welt erwartet von uns eine klare Trennlinie zur nationalsozialistischen Vergangenheit. Und unsere Jugend muss dazu erzogen werden zu verstehen, dass die Opfer des österreichischen Widerstandes nicht umsonst waren. Die Helden des 20. Juli 1944 kämpften für die Freiheit und damit für ein freies Österreich."

„Ein Großteil der Toten, die Krieg und Massenvernichtung gefordert haben", betont Dr. Vincenz Liechtenstein gegenüber dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, „hätte vor diesem grauenvollen Ende bewahrt werden können, wenn die Kämpfer des 20. Juli erfolgreich gewesen wären. Die ungarischen Jüdinnen und Juden hätten überlebt und zahlreiche Städte in Mitteleuropa wären nicht zerstört worden. Das Vermächtnis von Robert Bernardis, meint Dr. Vincenz Liechtenstein, „weist in die Gegenwart und Zukunft. Es ist die wichtigste Lehre, die aus den Ereignissen vor sechs Jahrzehnten gezogen werden kann: Die Freiheit muss verteidigt werden, ehe ihre Feinde sie zerstören können. Jeder sollte sich dazu moralisch verpflichtet fühlen. Oberstleutnant Robert Bernardis ist ein Vorbild für uns alle – insbesondere für die Soldaten unseres Bundesheeres, deren Aufgabe es ist, die Freiheit zu schützen." ■

*DÖW*

# Bernardis-Kai?

Die Bundesräte Albrecht K. Konecny (SPÖ) und Schennach (Grüne) haben vor der Sommerpause einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem eine Benennung einer Einrichtung des Bundesheeres nach Oberstleutnant Robert Bernardis angeregt wird.

**Konecny machte** dazu einen konkreten Vorschlag: Ein Teilstück der Rossauer Lände, nämlich unmittelbar dort, wo die Rossauerkaserne das einzige Gebäude bildet, könnte nach Bernardis benannt werden. Wenn das Verteidigungsministerium keine angemessene Ehrung für diesen Mann zu Wege bringt, der eine zentrale Rolle bei dem Versuch, Hitler am 20. Juli 1944 zu stürzen, spielte, so würde es der Stadt Wien gut anstehen, eine solche Ehrung vorzunehmen. Minister Platter könnte dann in Zukunft an der Adresse „Robert-Bernardis-Kai 1" amtieren.

In der Traditionspflege des Bundesheers sollte das Beispiel des aktiven militärischen Widerstands gegen Hitler seinen Platz haben. ■

Foto: Zielinski

**Bundesrat Albrecht K. Konecny sieht kein Hindernis, eine Verkehrsfläche nach Robert Bernardis zu benennen**

# Die RS-Widerstandsgruppe

Johann Otto Haas, am 6. Jänner 1906 in Ungarisch-Altenburg geboren, hatte durch sein Elternhaus sehr früh Kontakt zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung des 20. Wiener Gemeindebezirks. Die Familie war bald nach Wien übersiedelt, wo sie in dürftigsten Verhältnisse lebte. Otto Haas und seine drei Geschwister – Josef, Eduard und Mena – verbrachten in sehr ärmlichen Verhältnissen ihre Kindheit. Die Eltern fanden schnell Zugang zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Da seiner Mutter, Philomena Haas, sie war die Tochter einer Kärntner Kleinbauernfamilie, wegen der frühen Notwendigkeit des Broterwerbs nur der Besuch einer Dorfschule möglich gewesen war, war sie nun um ständige Weiterbildung bemüht. Seit 1909 wirkte sie aktiv in der sozialdemokratischen Frauenbewegung mit und im Jahr 1932 wurde sie in den Wiener Gemeinderat gewählt. Philomena Haas vermittelte ihren Kindern eine humanistische Weltanschauung und die Überzeugung, dass Wissen Macht bedeute. Ihr Mann Josef, ein Eisendreher aus Komotau, war von 1919 bis 1923 Bezirksrat der Sozialdemokratischen Partei in der Brigittenau. Er verstarb früh und ließ seine Familie in bitterer Armut zurück. In der Schule fielen die Kinder durch ihre starke Unterernährung, aber auch durch ihr gutes Benehmen und ihre gepflegte Sprache auf. Otto Haas verfügte über vielseitige Begabungen, sodass er über den Rat seiner Mutter und seines Lehrers ebenfalls Lehrer werden sollte.

**Otto Haas absolvierte** die Lehrerbildungsanstalt und besuchte im Anschluss daran das von Otto Glöckel neu geschaffene Pädagogische Institut. Seine Familie unterstützte er mit Einnahmen aus Nachhilfeunterricht und zeitweise durch eine Tätigkeit als Bauhilfsarbeiter. Er wurde Bibliothekar in der Bildungsorganisation der SPÖ und Erzieher und Funktionär der Kinderfreunde und der Roten Falken. Otto Haas und seine Mutter – genannt „Haasenmutter" – waren sehr rasch wichtige Bezugspersonen vieler junger Menschen.

Da Otto nach Abschluss seines Studiums zunächst arbeitslos war, inskribierte er an der Universität Geschichte. 1928 erhielt er eine Anstellung als Lehrer in Floridsdorf, hier konnte er einige Eltern seiner Schüler für die politische Mitarbeit gewinnen.

Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1934 war ihm die Unterstützungsarbeit für die Opfer der Februarkämpfe ein besonderes Anliegen. Sein Bruder Josef war im Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokratie tätig, nachdem ihm knapp vor dem 12. Februar die Flucht aus Österreich gelungen war. Otto Haas arbeitete mit der „Gesellschaft der Freunde" – den Quäkern – und ihrem Wiener Vertrauensmann, dem späteren Bundesminister Josef Afritsch, zusammen. Wegen dieser Tätigkeit wurde er zu vier Wochen Polizeiarrest verurteilt. Da die Parteiarbeit nicht mehr so viel Zeit in Anspruch nahm, vollendete er sein Studium und promovierte 1937 zum Doktor der Philosophie.

**Die politischen Entwicklungen** voraussehend, war er bestrebt, für die Zeit nach der NS-Diktatur die Weichen zu stellen. Er pflegte die Verbindung zu deutschen Emigranten, zur Auslandsvertretung der SPD in Prag und zu Walter Wach, einem Offizier der deutschen Wehrmacht, der ab 1939 in regelmäßigen Abständen über den Ausbau der Wehrmacht berichtete.

Johann Otto Haas betrachtete das Nachrichtenmonopol als eines der wesentlichsten Instrumente eines diktatorischen Regimes und ließ sich, um dem entgegenzuwirken, über geheime Nachrichtenvermittlung und Chiffriermethoden informieren. Artikel zu diesem Thema versandte er 1940 über Deckadressen.

Sein Bruder Eduard verunglückte 1938 unter etwas mysteriösen Umständen tödlich. Ab Mai 1938 nahm Otto Haas den Decknamen „Ludwig" an und verstärkte seine konspirative Tätigkeit. Die sozialdemokratisch gesinnten Eltern seiner Nachhilfeschüler waren wichtige Kontaktpersonen in seiner Organisation. Ebenso das Ehepaar Brunner in Wörgl, mit dem er Kontakte zu Hermann Frieb aus München und Bebo Wager aus Augsburg knüpfte. Frau Brunner vermittelte den Kontakt zu Paris. Aus der Gruppe der sozialdemokratischen Eisenbahner Salzburgs wurde Toni Graf in die Organisation eingebaut.

**Die Einberufung** zum Wehrdienst im Jahr 1939 – Otto Haas war nur für den Garnisonsdienst klassifiziert und wurde zum Wetterdienst der Luftwaffe abgestellt – ermöglichte ihm einen größeren Einblick in die militärischen Belange und bestärkte ihn in der Überzeugung, dass bald mit einem Kriegsausbruch zu rechnen sei.

Otto Haas konnte zu dieser Zeit zwei Mitarbeiter aus

**Eduard Göth auf dem Gestapo-Foto nach der Verhaftung**

# Dr. Johann Otto Haas

**Otto Haas, der die RS-Widerstandsgruppe aufbaute, auf dem Gestapo-Foto (1942)**

Lehrerkreisen gewinnen. Es waren dies Eduard Göth aus Blumau, und der pensionierte Oberschulrat Josef Franz Sommerauer, der an der gleichen Schule wie Otto Haas unterrichtet hatte. Eduard Göth sollte aus dem Rüstungszentrum Wiener Neustadt berichten und Sommerauer sollte die im Kleinformat fotografierten Berichte in aufgespaltene Buchdeckel binden. In der Folge wurden gesammelte und selbst erstellte Nachrichten über ausgefallene Transportwege, wie Reisekissen, hohle Schlüssel und die bereits erwähnten Buchdeckel, weitergeleitet und ausländische Sender abgehört.

Die Gruppe Haas fertigte ein Organisationsschema für die einzelnen österreichischen Bundesländer an, legte Karteien an, die mit unsichtbarer Tinte geschriebene Informationen über die Rüstungswirtschaft enthielten und erstellte eine so genannte Kippkartei über verlässliche, unverlässliche und gegnerische Personen. Es folgten Berichte über die Sowjetunion, über den Ostfeldzug, die Lage Frankreichs und über die Rüstung Englands und der USA. Diese Unterlagen fielen der Gestapo nicht in die Hände.

Frau Brunner übermittelte einem Ehepaar P. sechs Pistolen und Munition, die diese in ihrem Keller vergruben. Diese Waffen fielen später der Gestapo in die Hände. Ebenso eine 1941 erstellte Nachrichtensammlung die durch einen weiblichen Kurier nach Wörgl, München und Augsburg gebracht worden war. Damit war das Schicksal der Gruppe Haas besiegelt.

**Am 26. März 1942** wurde der Münchner Kontaktmann Frieb an der Front verhaftet, wenig später Wager aus Augsburg, am 26. April das Ehepaar Brunner in Wörgl, am 20. Juni Dr. Otto Haas in Wien-Schwechat, am 7. August Eduard Göth, am 13. August Schulrat Sommerauer und am 23. September Philomena Haas. Beinahe alle Wiener Mitarbeiter fielen in die Hände der Gestapo. Am 10. Dezember 1942 wurde Otto Haas formell aus dem Wehrdienst entlassen. Die eineinhalb Jahre dauernden Vernehmungen fanden in der so genannten Spiegelkammer, in der starke Lichtquellen durch gezielt angebrachte Spiegel verstärkt wurden, im Gestapo-Gebäude auf dem Morzinplatz statt. Das Verfahren gegen Haas und Göth sowie gegen einen weiteren Mitangeklagten wurde vor dem Berliner Senat des Volksgerichtshofes unter dem Vorsitz von Roland Freisler durchgeführt.

Otto Haas legte bei der Verhandlung dar, dass mit einer Niederlage des deutschen Heeres zu rechnen sei und für diesen Fall eine von den Siegern anerkannte Organisation vorhanden sein müsse. Er sei im Begriff gewesen, Mitarbeiter auf diese schwierige Aufgabe vorzubereiten. Dieser Argumentation konnten und wollten die Richter in keiner Weise folgen. Otto Haas wurde als führender Mann der Bewegung eingestuft. Das Urteil des Senats lautete schließlich auf Tod durch das Fallbeil für Dr. Johann Otto Haas und Eduard Göth. Der weitere Angeklagte wurde zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.

**In der Folge** wurde Otto Haas im Zusammenhang mit Prozessen in Wien, Prag, Torgau und anderen Gerichtsverfahren noch oft verhört. Er wurde am 30. August 1944 in Wien gehenkt. Eduard Göth am 13. März 1944. Das Ehepaar Brunner wurde am 9. September 1943 in München-Stadelheim hingerichtet und am 12. August 1944 Frieb und Wager.

Philomena Haas wurde im Sommer 1945 von sowjetischen Truppen in einem Gefängnis in Mitteldeutschland befreit. Nach ihrer Rückkehr nach Wien wurde sie wieder in den Gemeinderat gewählt und gehörte ihm bis zur Erreichung der Altersgrenze an.

In Bayern wurden bei der Zerschlagung der Organisation von 1942 bis 1943 mehr als zweihundert Sozialdemokraten angeklagt und verurteilt. Zwölf starben in der Untersuchungshaft, zwölf, davon acht Österreicher, wurden hingerichtet. Insgesamt werden die Hingerichteten auf mehr als vierzig geschätzt.

Die Wohnhausanlage in der Winarskystraße, in der die Familie Haas wohnte, wurde am 4. Juni 1950 „Otto-Haas-Hof" benannt. Theodor Körner, der damalige Bürgermeister der Stadt Wien und spätere Bundespräsident, nahm die Benennung vor. Bei dieser Feier bekannte sich Philomena Haas mit flammenden Worten zu Freiheit und Demokratie. ■

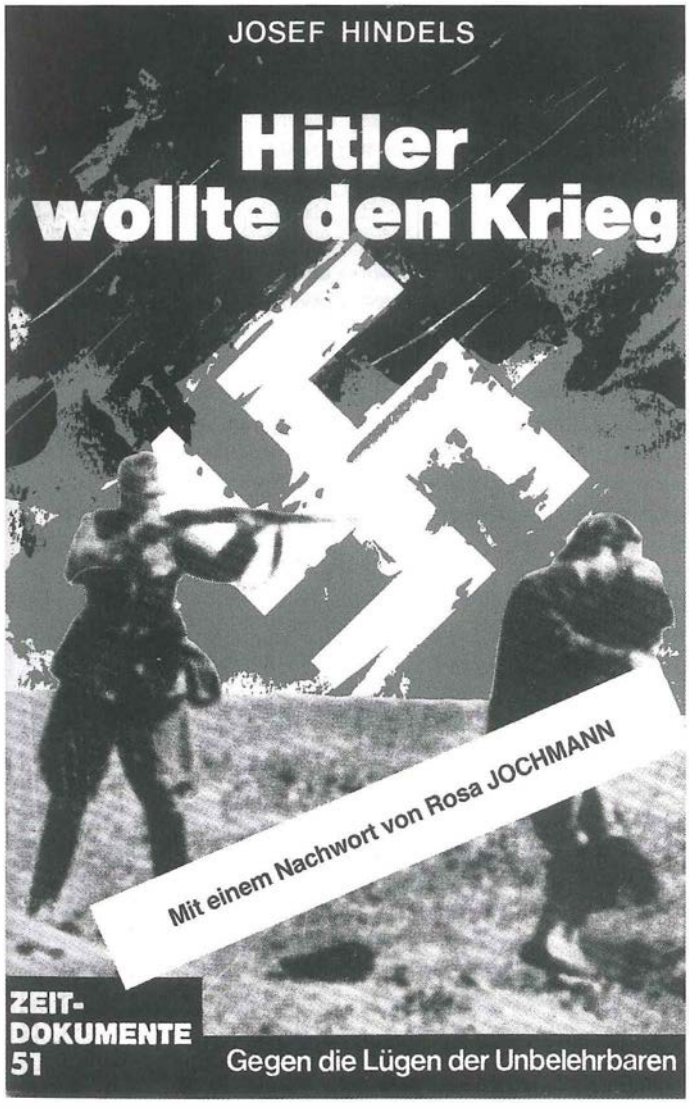
*Edith Krisch*

# Hitler wollte den Krieg

Unter diesem Titel erschien im September 1989, zum 50. Jahrestag des Beginns des von Hitler provozierten Krieges am 1. September 1939, eine von Josef Hindels verfasste Broschüre gegen die Lügen der Unbelehrbaren. In dieser Broschüre befasst sich Hindels mit der Vorgeschichte dieses Krieges, der nicht einfach „ausgebrochen" ist, wie es heute in manchen Medien und Schulbüchern dargestellt wird, sondern von Hitler und seiner Nazibewegung von langer Hand vorbereitet wurde.

**Nach der Machtergreifung** der Nazis im Jänner 1933 wurden schrittweise, beginnend mit der KPD und der SPD, alle Parteien verboten und die volle Macht wurde auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler übertragen. Der Reichstag wurde zu einem Forum des Reichstagspräsidenten Hermann Göring und seiner NS-Abgeordneten, in dem nur mehr die Reden von Adolf Hitler bejubelt wurden. Nach dem Verbot aller demokratischen Einrichtungen und Vereine, nach der Ausschaltung der Gewerkschaften und der demokratischen Presse wurde die Kampagne gegen Volksverräter und Juden begonnen. Sozialdemokraten, Kommunisten und unabhängige Intellektuelle sowie Juden und in geringerem Ausmaß NS-Gegner aus den bürgerlichen Parteien wurden in die ersten Konzentrationslager Dachau und Buchenwald deportiert.

**Die von Josef Hindels verfasste Darstellung ist auch heute noch lesenswert**




**Hitler hatte nun** mit seiner Propagandamaschinerie freie Hand und konnte seine imperialistischen Pläne schrittweise umsetzen. Durch die Aufrüstung konnte er dem deutschen Volk die Schaffung von Arbeitsplätzen schmackhaft machen. Die durch den Versailler Vertrag verbotenen militärischen Ressourcen wurden, unverständlicherweise ohne Gegenmaßnahmen durch die Alliierten des Ersten Weltkriegs, nunmehr verstärkt ausgebaut. Ohne Widerstand Frankreichs wurde das Rheinland besetzt, auch das Saarland wurde wieder Deutschland einverleibt. Mit den im Jahre 1935 beschlossenen Nürnberger Rassegesetzen begann die forcierte Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Der nächste Schlag richtete sich unter dem Titel „Heimkehr der Deutschen in das Reich" gegen Österreich. Das austrofaschistische Regime unter Bundeskanzler Schuschnigg, das sich aufgrund der Ausschaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Jahre 1934 nur auf eine schmale Schicht der Bevölkerung stützen konnte, kapitulierte vor Hitler und dieser konnte nun in einem Triumphzug sondergleichen in Österreich einziehen. Das nächste Ziel war die im Herzen Europas gelegene Tschechoslowakei, die als letztes Bollwerk der Demokratie in Mitteleuropa den Nazis ein Dorn im Auge war. Obwohl Hitler die deutsch sprechenden Südtiroler mit einem Federstrich dem verbündeten faschistischen Italien Mussolinis überließ, begann er im Sudetenland mit Hilfe der Henlein-Bewegung eine beispiellose nationalistische Kampagne für den Anschluss an Deutschland. Dabei kamen Hitler die Westmächte England unter dem Premierminister Chamberlain und Frankreich unter dem Ministerpräsidenten Daladier mit dem Münchner Abkommen freundlichst entgegen. Sie hofften, dass sie Hitler damit seine letzte „nationale Forderung" erfüllen würden und damit der Frieden in Europa gesichert wäre. Die CSR wurde damit ihrer Souveränität beraubt, was schließlich im März 1939 zur völligen Besetzung der tschechischen Gebiete und zur Umwandlung in das „Protektorat" Böhmen und Mähren sowie zur endgültigen Schaffung eines kleriko-faschistischen Staates „Slowakei" führte. Hitler bediente sich dabei der Methode, vom Frieden zu reden, den Nationalismus zu praktizieren und schließlich den Krieg vorzubereiten.

**Josef Hindels** schreibt über den Kriegsausbruch in seiner hervorragend und prägnant formulierten Broschüre: „Nach der Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei war im Aggressionsplan Hitlers Polen an der Reihe. Da es in Polen auch eine deutsche Minderheit gab, wurde zunächst nach dem sudetendeutschen Modell die Legende von den unterdrückten Deutschen verbreitet, die auf die Befreiung durch Hitlerdeutschland warteten. Aber diesmal wurde diese Legende auch im Westen kaum geglaubt. Die Nazis selbst erinnerten in vielen Stellungnahmen an das, was Hitler in „Mein Kampf" über die Gewinnung vom Boden im Osten geschrieben hatte. Er vertrat die These, die Deutschen seien ein Volk ohne Raum und

müssten diesen Raum im Osten des Kontinents erobern. Was später im „Generalgouvernement", wie das besetzte Polen genannt wurde, dem polnischen Volk angetan wurde, war grauenhaft. Es war aber nicht überraschend, sondern entsprach wie der Massenmord an den Juden der Rassenlehre des Nazifaschismus, wie sie Hitler bereits in „Mein Kampf" dargelegt hatte. Im „Generalgouvernement" fanden auch die meisten Judenmorde statt. Das in Polen gelegene Auschwitz wurde zu einem internationalen Begriff für die Judenvernichtung.

**Über die Provokation,** mit der Hitler den Krieg am 1. September 1939 begann, schreibt Hindels weiter: „So wie Hitler künstlich so wie seinerzeit einen Zwischenfall schaffen wollte um den Einmarsch in Österreich und die Tschechoslowakei zu rechtfertigen, plante man jetzt einen „Grenzzwischenfall", der vor der Welt, wie man meinte, den Angriff gegen Polen rechtfertigen werde. Die Idee war einfach und roh. Heydrich, der Chef des SD, betraute mit der Durchführung einen jungen SS-Mann mit dem Namen Naujocks. Später im Nürnberger Prozess machte dieser unter Eid folgende Aussage: „Ungefähr am 10. August 1939 befahl mir Heydrich persönlich, einen Anschlag auf die Radiostation bei Gleiwitz in der Nähe der polnischen Grenze vorzutäuschen und es so erscheinen zu lassen, als wären Polen die Angreifer gewesen. Heydrich sagte: ‚Ein tatsächlicher Beweis für polnische Übergriffe ist für die Auslandspresse und für die deutsche Propaganda nötig'".

**Nach dem brutalen Überfall** auf Polen gab es zwei wichtige Ereignisse. Mit dem Molotow-Ribbentrop-Abkommen teilten sich Hitler und Stalin Polen, andererseits konnten die Westmächte nicht mehr die Politik des Appeasement fortsetzen und traten in den Krieg ein. Nach dem „Blitzkrieg" in Polen wurden der Reihe nach auch neutrale Staaten wie Dänemark, Norwegen, Belgien, die Niederlande und schließlich Frankreich überrollt. Später kamen im Süden Jugoslawien und Griechenland dazu.

**Fast ganz Europa** war in den Händen der Nazis und ihrer Vasallen. Damit begann der große Raubzug und die Terrorisierung der europäischen Völker. Im Juni 1941 brach Hitler das Abkommen mit der Sowjetunion, die, unter dem stalinschen Terror gegen die eigene Bevölkerung, völlig unvorbereitet, von den Hitlertruppen überfallen wurde. Nach anfänglichen Erfolgen der Nazi-wehrmacht, die in Russland entgegen dem Genfer Abkommen einen Vernichtungskrieg mit speziellen Mordaufträgen führte, erlebten die Nazis große Rückschläge, die schließlich in Stalingrad ihren Höhepunkt fanden. Die bisherigen Erfolge Hitlers wandelten sich ins Gegenteil. Mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gab es eine breite Front gegen die faschistischen Mächte und den ersten globalen Krieg, der sich auf allen Meeren und in großen Gebieten Europas, Asiens und Afrikas abspielte. Mit dem Luftkrieg wurden zunächst in England und dann in Deutschland auch große Teile der Bevölkerung in die Kriegshandlungen einbezogen.

**Die mutige Tat** der Männer des 20. Juli 1944 hätte zwar auf beiden Seiten der Fronten das Leben von vielen tausenden Menschen retten können, aber die totale Niederlage Deutschlands war damals schon besiegelt. Mehr als fünfzig Millionen Menschen hat dieser Weltkrieg das Leben gekostet. Im Zuge der Kriegshandlungen und aufgrund der politischen Entscheidungen haben Millionen Menschen ihre Heimat verloren. Auch das war das Werk Adolf Hitlers und seiner verbrecherischen NS-Bewegung.

Trotzdem gibt es heute, 65 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, der in den fünf Jahren mehr an Tod und Vernichtung brachte als alle Kriege, die nach 1945 geführt wurden, noch immer Gruppierungen und Parteien, die der NS-Ideologie anhängen oder sie gar nicht so schlimm finden.

So wird immer wieder auch in Österreich davon gesprochen, dass im Zweiten Weltkrieg die „Heimat" verteidigt wurde und der 8. Mai, der Tag der endgültigen Kapitulation Hitlerdeutschlands, wird von deutschnationalen Burschenschaftern und Rechtsextremisten noch immer als Tag der Schmach und der Niederlage begangen. Es zeigt sich, wie wichtig die Aufklärung über diese historischen Wahrheiten gerade unter den Generationen von heute ist. Wir Freiheitskämpfer werden uns im Zusammenhang mit dem Gedenkjahr 1945–2005 verstärkt dieser Aufgabe widmen. ■

*Ernst Nedwed*

# Adolf Hitler zum x-ten Mal im Kino

Mit einem hervorragenden Schauspieler, Bruno Ganz, als Hitler hat der bekannte Regisseur Oliver Hirschbiegl die letzten Tage im „Führerbunker" dramaturgisch verarbeitet. Dieser Film, der mit einem großen Aufwand unter dem Titel „Der Untergang" beworben wird, wird sicher ein Besucherhit, denn Hitler ist leider noch immer ein gutes Geschäft. Denn sowohl Nazigegner als auch Hitlerbewunderer sowie die vielen, die bisher noch nichts darüber wissen, kommen als Kinogäste in Frage. Trotz der dramatischen Bilder der letzten Tage in diesem Bunker und einiges, was sich rundherum tut, bleiben die großen Zusammenhänge mit den Verbrechen, die die Nazis unter der Führung Hitlers zunächst in Deutschland und später in Europa und der Welt gesetzt haben, im Dunkeln. Der von Hitler vom Zaun gebrochene Weltkrieg kommt nur im Endstadium vor und hat deshalb keinen Aussagewert.

**Einige von uns** erinnern sich noch an die Filme der ersten Nachkriegszeit und an die siebziger Jahre, z. B. die Filme „Rosen für den Staatsanwalt" „Bis fünf nach zwölf" und der Film „Der gewöhnliche Faschismus", in denen die Zusammenhänge viel klarer zu erkennen waren. Problematisch ist, die so genannte „menschliche" Seite Hitlers zu zeigen, so wie das schon in dem Film von Traudl Junge zum Ausdruck kam. Hitler war ein Gewaltmensch und Schauspieler besonderer Art und er ist dies trotz des bevorstehenden Unterganges auch geblieben. Der Verantwortung für seine gigantischen Verbrechen hat er sich nie gestellt, sondern durch Selbstmord ein Ende gesetzt. Dem von ihm angeblich geliebten deutschen Volk prophezeihte er den Untergang. Die Juden verfolgte er mit seinem Hass bis zuletzt. ■

*Ernst Nedwed*

# Zum Jahrestag des Hitlerkriegs

Am 1. September, 65 Jahre nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann, erinnert der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer an das Leid von mehr als 50 Mio. Menschen, die als Opfer des faschistischen Imperialismus und Rassismus in den Konzentrationslagern, auf den Schlachtfeldern und im Bombenkrieg ihr Leben lassen mussten. „Dieser Krieg ist nicht ‚ausgebrochen', wie es heute objektiv scheinend dargestellt wird, sondern er wurde von Hitler und seiner NSDAP in den Jahren seit seiner Machtergreifung 1933 bewusst vorbereitet, um die Pläne von der Weltherrschaft und der Verfolgung und Vernichtung ethnischer und religiöser Gruppen, insbesondere der Juden, zu realisieren", erinnerte der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, am Mittwoch gegenüber dem SPÖ-Pressedienst.

„Die Beendigung des Zweiten Weltkrieges war nur möglich durch die internationale militärische Allianz gegen die faschistischen Mächte und durch den inneren Widerstand gegen Diktatur und Terror", so Ströer. Da nur mehr ein kleiner Teil der heutigen Bevölkerung in Österreich und Europa die Nazidiktatur und den Zweiten Weltkrieg selbst miterlebt hat, sei die Information und die Aufklärung insbesondere der jungen Menschen über die politischen Verbrechen der damaligen Zeit von großer Bedeutung. „Dafür muss vor allem die Jugend ein Garant sein", so Ströer. ■

Foto: NÖ Freiheitskämpfer

An einen Haushalt

Österreichische Post AG Info Mail Entgelt entrichtet

1934 – 1945

**Es ist Eure Welt, die Ihr baut - soll sie eine friedliche, eine gerechte sein - dann müßt Ihr dafür etwas tun.**

**Vergesset nicht, was aus einer Welt wird, wenn man die Demokratie durch eine Diktatur ersetzt.**

*Rosa Jochmann*

## Nie wieder Krieg!

### 55 Millionen Tote mahnen

**Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall auf Polen der II. Weltkrieg. Vor 65 Jahren wurde Europa in ein großes Unglück gestürzt. Adolf Hitler wollte mit allen Mitteln militärischer Gewalt die Weltherrschaft antreten.**

Polen wurde in drei Wochen niedergerungen. Hitler und Stalin hatten sich die Beute aufgeteilt. Die baltischen Staaten, ein großer Teil von Polen sowie Bessarabien wurden der Sowjetunion „zugeordnet". England und Frankreich erklärten dem Großdeutschen Reich den Krieg.
Holland, Belgien, Luxemburg wurden überrannt und Frankreichs Maginotlinie von hintenher aufgerollt.
Die englische Armee wurde bei Calais gedemütigt!
Adolf Hitler triumphierte! Nordfrankreich wurde besetzt. Südfrankreich bekam mit der „Vichyregierung" eine deutsche Vasallenregierung. Der Duce in Italien wollte Nordafrika und Albanien erobern - er brauchte aber die Hilfe der deutschen Wehrmacht.
Jugoslawien wurde erobert, besetzt und es begann der grausame Partisanenkrieg. Kreta wurde durch deutsche Fallschirmjäger geschnappt und die Engländer gingen in die Gefangenschaft.
Der Griechenlandfeldzug war zeitraubend und kostspielig. Trotz eines Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und dem Großdeutschen Reich gab Adolf Hitler den Befehl über die Sowjetunion überraschend herzufallen. Noch im Dezember 1941 erklärte Hitler-Deutschland den USA den Krieg. Jetzt mussten Millionen junge Soldaten an allen Fronten im Krieg sterben.
**Zehntausende Österreicher, Männer und Frauen, die sich dem Nazifaschismus in irgendeiner Form entgegen gestellt hatten, starben in den zahlreichen Konzentrationslagern an Unterernährung, schlechter Behandlung und Fol-**

**Die nö. Freiheitskämpfer führten eine besondere Aktion durch: In St. Pölten ging an alle Haushalte ein vierseitiges Flugblatt, in dem auch an das Wiedererstehen eines demokratischen Österreich und die Gründung der Uno erinnert wurde. „Es geht um die Förderung der Menschenrechte, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion", endet die Mahnung zur Wahrung des Friedens.**

## Wir gratulieren

**Zum 100. Geburtstag:** Christine Rois, Wien. **99. Geburtstag:** Karoline Schmied, Bruck/Mur. **95. Geburtstag:** Margarethe Edletzberger, Völkermarkt; Christine Sachs, Maria Grashuber, Wien. **94. Geburtstag**: Dir. Franz Kramer, Graz; Stefanie Doleyschi, Salzburg; Jakob Pulverer, Steindorf. **93. Geburtstag:** Maria Barock, Irma Mraz, Rudolf Rauscher, Wien. **92. Geburtstag:** Leonhard Kranigler, Rennweg; Karl Heinz, Fritz Weber, Wien. **91. Geburtstag:** Ida Nager, Gratkorn; Kurt Wasserberger, Rehovoth; Ernestine Divoky, Hermine Filipic, Margarete Löffler, Franz Obritzberger, Wien. **90. Geburtstag:** August Sussmann, Graz-Straßgang; Rudolf Kasper, Wilhelm Spitzer, Maria Tomsik, Wien. **85. Geburtstag:** Rosa Helm, Enns; Gertrude Scholz, Graz; Hofrat Dr. Franz Danimann, Franz Heidmeier, Ernst Konrad, Franz Leidenfrost, Emma Sassik, Friederike Winter, Heinrich Zabinsky, Wien. **80. Geburtstag:** Juliane Fischer, Guntramsdorf; Hedwig Diermair, Linz; LAbg. Franz Zellnig, Obdach; Hildegard Gruber, Salzburg; Margarete Janecek, Wiener Neustadt; Wilhelm Kronewitter, Zell am See; Otmar Emerling, Josef Landgraf, Prof. Kurt Prokop, Leo Schmidt, Herta Watzinger, Trude Wöginger, Wien. **75. Geburtstag:** Anna Kupper, Ferlach; Dr. Beatrix Eypeltauer, Liselotte Guschlbauer, Linz; Maria Lepic, Mödling; Winfried Menschik, Purkersdorf; Josefine Riedl, Sankt Kanzian; Ing. Max Fischer, Vera Esther Frömel, Elfriede Houschka, Karl Kammerer, Martha Keller, Edith Pepper, Alfred Wenninger, Elisabeth Wollmann, DI Dr. Erwin Wrbka, Rudolf Zafaurek, Franz Zelinka, Wien.

# NS-Arbeitssklaven in Wien 1944

Im Sommer 1944 herrschte trotz Verschleppung und anschließender Zwangsarbeit von ausländischen Arbeitskräften und dem schonungslosen Einsatz von Kriegsgefangenen für die auf Hochtouren laufende Nazi-Kriegsindustrie ein permanenter Mangel an Arbeitskräften. In diesem Zeitraum schickte die SS des Konzentrationslagers Mauthausen KZ-Häftlinge nach Wien, um hier Nebenlager aufzubauen. (Die damals auch in „Groß-Wien" bestehenden Nebenlager, wie etwa in Schwechat oder in Hinterbrühl werden hier ausgeklammert.) In Floridsdorf erfolgte am 13. Juli die Gründung des Außenlagers Wien-Jedlesee und einen Tag später die Gründung des Außenlagers Floridsdorf auf dem Gelände der Firma Hofherr & Schrantz. Am 20. August 1944 erfolgte dann die Gründung des Lagers Saurer-Werke in Simmering.

**Über die Errichtung** dieses Lagers schrieb am 9. Mai 1949 der österreichische politische KZ-Häftling Franz Kalteis: „Im Sommer 1944 wurde im Konzentrationslager Mauthausen unter den Häftlingen bekannt, dass in Wien ein neues Außenkommando, und zwar in Wien 11, Saurer-Werke, errichtet werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Stammlager Mauthausen bereits eine fest gefügte Widerstandsorganisation der politischen Häftlinge, die mit Hilfe der so genannten Lagerschreibstube im Stande war, auf die Zusammenstellung der einzelnen Transporte in die verschiedenen Außenlager wesentlich Einfluss zu nehmen. Ich erhielt in diesem Zusammenhang durch die illegale Häftlingsorganisation den Auftrag, als Lagerältester nach Wien zu fahren … Ich fuhr also im Sommer 1944, glaublich im Juli mit einem Transport von 100 Häftlingen, hauptsächlich Polen, Russen, Franzosen und Italienern, unter dem Kommando eines reichsdeutschen Oberscharführers und in Begleitung von ca. 25 bis 30 SS-Leuten nach Wien. Auf dem Gelände befand sich ein Barackenlager, das bis zu unserer Ankunft für Zivil-Internierte und Kriegsgefangene gedient hatte und nun von unserem Kommando sozusagen als Miniatur-Konzentrationslager für einen später geplanten Stand von ungefähr 1.500 Häftlingen ausgebaut werden sollte."

**Die für die Zwangsarbeit** bestimmte Werkshalle erfuhr auch eine Veränderung. Die KZ-Häftlinge mussten die Fenster vergittern und Mauern aufstellen. Am 28. September 1944 wurde noch ein kleines Häftlingskommando in der Kraftfahrtechnischen Lehranstalt der Waffen-SS in der heutigen Maria-Theresien-Kaserne in Meidling errichtet. Alleine im Außenlager Saurer-Werke betrug der höchste Häftlingsstand 1.480 Gefangene. Diese geschundenen und geschlagenen Männer erlebten aber auch Solidarität. So berichtete etwa der beim Saurer beschäftigte Genosse Fritz Konir am 1. Mai 1947: „Jede Nacht gab es die gleichen Szenen. Die österreichischen Arbeiter und Meister duldeten das Schlagen nicht. Sie warfen halbe Zigaretten als ‚Tschick' weg, sie vergaßen ihr Jausenbrot auf irgendeiner Werkbank. Einige Tage später hing im ganzen Betrieb ein Anschlag: ‚Wenn die Sympathiekundgebungen der deutschen Gefolgschaft mit den Häftlingen nicht aufhören, wird mit Verhaftungen vorgegangen.'" Über ähnliche „vergessene Jausen" informieren auch Zeitzeugen aus Floridsdorf.

**In dieser Zeit** richtete auch der SS-Brigadeführer und Nazi-Bürgermeister von Wien Hanns Blaschke ein Ersuchen an den Chef des Sicherheitsdienstes der SS, Ernst Kaltenbrunner, um Bereitstellung von ungarischen Juden für Sklavendienste in Wiener so genannten „kriegswichtigen" Betrieben. Sie mussten in einer „gesicherten lagermäßigen Unterbringung" interniert werden und die „nicht arbeitsfähigen Frauen und Kinder" mussten „sämtlich für eine Sonderaktion bereitgehalten", – einer der Tarnausdrücke der Naziherrscher für die Ermordung in den Vernichtungslagern – werden. Die Deportationszüge rollten nach Strasshof, eine Art Verteilerstation für die zur Zwangsarbeit deportierten ungarischen Juden, die in Viehwaggons, eng zusammengepfercht, auf dem Bahnhof Strasshof ankamen. Hier erfolgte durch die SS die karteimäßige Erfassung der Frauen, Männer und Kinder, ehe sie dann ihre Arbeitsplätze zugewiesen erhielten. Franzi Löw, die unermüdliche und couragierte Fürsorgerin der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, erinnert sich an die Ankunft ungarischer Juden in Wien: „Vom Ostbahnhof aus wurde ich verständigt, dass ich sofort zum Bahnhof kommen muss, weil tausende ungarische Juden in Wien angekommen sind. Man kann sich keine Vorstellung machen, wie die Leute in den Waggons zusammengepfercht waren. Einige haben wir tot aus den Waggons gezogen, andere wieder sind noch bei der Ankunft im Waggon gestorben. In Wien wurden die Ungarn in mehr als 40 Lagern untergebracht. Diese Lager waren über ganz Wien verstreut." Auch verschleppte ungarische Juden, wie zum Beispiel Béla Varga oder Sándor Tabak, erinnern sich an Hilfeleistungen österreichischer Arbeiter. Sandor Tabak, der als Jugendlicher im Gaswerk Simmering arbeiten musste, schrieb mir dazu unter anderem: „Man garantierte uns einen minimalsten Lebensunterhalt, aber niemals genügend ...

Foto: Exenberger

**Gerettet: Béla Varga, der als 14-Jähriger Zwangsarbeit leisten musste, vor dem (nicht mehr existierenden) Bunker in den Saurer-Werken**

Dankbar erinnere ich mich, dass wir von unseren Arbeitskollegen oft warme Speisen, Käse und Brot bekamen." Er führt auch einige österreichische Arbeiter namentlich an, die sich ihnen gegenüber menschlich und freundlich benahmen.

**Als die Wiener** und die vielen Arbeitssklaven endlich knapp vor dem Ende der nazistischen Gewaltherrschaft standen, rang am letzten Märztag des Jahres 1945 der KZ-Häftling Franz Kalteis mit dem Lagerkommandanten des Außenkommandos Saurer-Werke, SS-Hauptsturmführer Gärtner um das Leben von 190 kranken Häftlingen, die gemäß einer zentralen Weisung des Mauthausener Lagerkommandanten vor der Evakuierung der Außenlager zu ermorden seien. Kalteis gelang es, Gärtner zu bewegen, die fußkranken und maroden Häftlinge ohne Bewachungsmannschaft im Außenlager zurückzulassen. Die anderen KZ-Häftlinge aus Floridsdorf und Simmering mussten am 1. und 2. April 1945 einen beschwerlichen Fußmarsch Richtung Mauthausen antreten. Viele starben auf diesem Todesmarsch – „auf der Flucht erschossen" war dafür der Terminus der SS für die Ermordung der ausgemergelten, mit vollkommen ungeeignetem Schuhwerk und Bekleidung ausgestatteten Häftlinge. Ebenso erlebten unzählige im Sommer 1944 zur Sklavenarbeit nach Wien verschleppte ungarische Juden die Befreiung von der nazistischen Barbarei nicht. Auch sie starben eines gewaltsamen Todes.

Heute erinnern Gedenksteine in Floridsdorf und Simmering an die Häftlinge der KZ-Nebenlager in diesen Bezirken. Eine eindrucksvolle Gedenktafel, am 7. September 1995 enthüllt, mahnt an die 500 ungarischen Juden, die als Arbeitssklaven im 15. Bezirk, Hackengasse 11, interniert waren. Seit 16. Dezember 2003 gibt es für die ungarischen jüdischen Zwangsarbeiter ein zweites Erinnerungszeichen in Wien, eine Straße unmittelbar vor dem Simmeringer Gasometer. Stellvertretend für sie alle enthüllte man ein Straßenschild, benannt nach Rosa Fischer. Rosa Fischer, geboren am 24. Dezember 1885, musste mit 112 Leidensgefährten im Gaswerk Simmering Zwangsarbeit leisten. Sie starb am 24. August 1944 im jüdischen Spital in der Leopoldstadt, Malzgasse 7. ■

*Herbert Exenberger*

## Ernst Blaha zum Gedenken

Ernst Blaha, langjähriges Vorstandsmitglied des Bundes Sozialdemokratischer Juden und Chefredakteur des Organs der Israelitischen Kultusgemeinde, „Die Gemeinde", ist am 25. August 2004 verstorben. 1925 als Sohn einer Arbeiterfamilie in Wien geboren, musste er nach 1938 Zwangsarbeit leisten, konnte aber im letzten Kriegsjahr in einem Versteck der Deportation ins Vernichtungslager entgehen. Danach nahm er am Wiederaufbau der IKG teil, wo damals die Hilfestellung für Überlebende der Verfolgungen Vorrang hatte; als Leiter der Gebäudeverwaltung trug er maßgeblich zur Verwirklichung von Projekten wie zwei Kindergärten, der Renovierung des Stadttempels und dem Bau des Gemeindezentrums bei. „Seine klare politische Einstellung und nicht zuletzt auch seine Weisheit waren uns eine unerlässliche Orientierung in der politischen Arbeit", heißt es im Nachruf der „Gemeinde" zu seiner Funktion im Bund Sozialdemokratischer Juden. ■

# Das „Arbeitslager" Lieberose

Lieberose ist ein kleiner Ort, ca. 60 km südöstlich von Berlin gelegen. Der zärtliche Ortsname soll nicht vergessen machen, dass sich auch hier ein Nazi-Mordlager befand.

Nach den ersten Niederlagen der deutschen Truppen gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg wurde im Herbst 1943 im Gebiet östlich von Lieberose auf einer Fläche von 40.000 Hektar mit dem Bau des Truppenübungsplatzes „Kurmark" der Waffen-SS begonnen. Dazu sollten die 4.000 Bewohner und Bewohnerinnen der Gemeinden des Platzgebietes ausgesiedelt werden. Zur Bereitstellung von billigen rechtlosen Arbeitskräften wurde im November 1943 das KZ Lieberose als Nebenlager des KZ Sachsenhausen errichtet und erhielt den Namen „Arbeitslager Lieberose". Die Häftlinge, überwiegend ungarische und polnische Juden, mussten Straßen, Kasernen und andere Anlagen des Übungsplatzes bauen. Aufgrund der mörderischen Arbeits- und Lebensbedingungen fanden viele den Tod.

Als die Rote Armee im Jänner 1945 an der Oder stand, kam der Befehl zur Auflösung des Lagers. Ungefähr 600 Kinder und Jugendliche wurden mit der Bahn nach Sachsenhausen transportiert und dort ermordet. Fast 2.000 Häftlinge mussten diesen Weg zu Fuß zurücklegen. Über 1.000 marschunfähige Häftlinge wurden im Lager erschossen und in Massengräbern verscharrt. 1971 fanden Bauarbeiter ein Massengrab. Mitarbeiter des Instituts für gerichtliche Medizin in Dresden legten die Skelette von 577 Menschen frei. Sie waren größtenteils durch Schädel- und Genickschüsse getötet worden.

Im September 1971 erfolgte die Beisetzung der Urne mit der Asche der Ermordeten auf einem Hügel am Rande des Friedhofs von Lieberose, und im Mai 1973 wurde an dieser Stelle das Mahnmal gegen Faschismus und Krieg eingeweiht. Prominenter österreichischer Häftling war Franz Rauscher, vor 1933 Organisator des Republikanischen Schutzbundes in Niederösterreich, nach 1934 Länderreferent des ZK der Revolutionären Sozialisten und ab 1946 Staatssekretär im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung („Königreich Waldbrunner"). Rauscher wurde mit Kriegsbeginn in Buchenwald inhaftiert. 1944 kam er über Majdanek nach Lieberose. Auf der Grundlage der Forschungsergebnisse wurde durch die Gedenkstätte Sachsenhausen die Ausstellung im Museum der Gedenkstätte mitgestaltet, welches auf Initiative der Stadt Lieberose 1982 errichtet worden war. ■

*Gerald Netzl*

# Hans Marsalek 90 Jahre

Am 19. Juli 2004 feierte Hans Marsalek, Obmann der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen, seinen 90. Geburtstag. Vor mehr als drei Jahrzehnten, als ich 1969/70 mit meiner Tätigkeit im DÖW begann, stieß ich in diesem Kreis ehemaliger Widerstandskämpfer, KZ-Häftlinge, verfolgter und vertriebener Menschen schon bald auf Hans Marsalek. Als (damaliger) Leiter der Gedenkstätte Mauthausen, Wiener Obmann des KZ-Verbandes und Sekretär der Lagergemeinschaft Mauthausen hatte er nicht nur wichtige Funktionen inne, kraft seiner Persönlichkeit war (und ist) er in diesem Milieu eine herausragende und beeindruckende Erscheinung. Gemeinsam mit seinem KZ-Kameraden Dr. Ludwig Soswinski repräsentierte er die „Mauthausener", die insbesondere mit ihrer alljährlichen internationalen Befreiungsfeier einen wichtigen Beitrag zu einer demokratisch-antifaschistischen politischen Kultur in unserem Land leisten.

**Meine erste Führung** durch das ehemalige KZ Mauthausen erfolgte durch Marsalek und ist mir bis heute in Erinnerung geblieben – nicht weil er dramatische oder deklamatorische Erklärungen gab, sondern im Gegenteil: Durch ruhige, sachliche, informative Ausführungen kam eine Fachkompetenz zum Ausdruck, die sowohl auf seinen Erfahrungen als Häftling als auch auf seiner Arbeit als Gedenkstättenleiter basierte. Mit dem Aufbau des Museums und seiner in mehreren Auflagen erschienenen „Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen" (Hans Marsalek, Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation, 3., erweiterte Aufl., Wien 1995. In der „Bibliographie zur Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen", hgg. von Karl Stuhlpfarrer, Bertrand Perz und Florian Freund, Wien 1998, nehmen die Schriften Marsaleks nahezu zwei Seiten ein.) hatte er Leistungen geschaffen, die auch bei Fachhistorikern als Pionierarbeit der KZ-Forschung gewürdigt werden.

Viele Jahre gehörte Hans Marsalek auch dem Vorstand des DÖW an, wo ich seine zurückhaltend-bescheidene, ja vornehme Art ebenso zu schätzen lernte wie seine konstruktiven Beiträge zur gemeinsamen Arbeit. Hochachtung, Dankbarkeit und Sympathie prägen daher meine Einstellung zu ihm. ■

*Wolfgang Neugebauer*

Foto: DÖW

**Hans Marsalek: Auch mit 90 noch aktiv**

# Abschied von Erwin Weiss

Professor Erwin Weiss, langjähriger Musiklehrer und Direktor am Konservatorium der Stadt Wien (bis 1978), ist am 13. September 2004 verstorben.

Erwin Weiss musste 1938, nach dem Einmarsch der Hitlertruppen, Österreich verlassen. Er kam nach Großbritannien und wurde auf der Insel Man interniert. Bereits in der Emigration wirkte er als Komponist und Chorleiter. 1945 kehrte er nach Wien zurück und widmete sich Jahrzehnte lang den Chören der Sozialistischen Jugend und der Gewerkschaftsjugend, später der Chorvereinigung des ÖGB, auch mit zahlreichen erfolgreichen Veranstaltungen im In- und Ausland. Zeit seines Wirkens widmete sich Weiss der Pflege des Arbeiterliedes. Das Lied „Ein neuer Frühling wird in der Heimat blühen" war Ausdruck des neuen Optimismus nach den Schrecken von Diktatur und Krieg. In seinen Kompositionen vertonte Weiss auch etliche Texte des Arbeiterdichters Luitpold Stern.

**Erwin Weiss** wurden für seine Tätigkeit zahlreiche Ehrungen zuteil: Förderungspreis der Stadt Wien, der Professortitel (1961), Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst (1974), Goldenes Verdienstzeichen der Republik (1993). Der ÖGB ehrte Weiss mit seiner höchsten Auszeichnung, der „Johann-Böhm-Plakette", sowie mit dem „Luitpold-Stern-Preis". Seine zahlreichen Kompositionen hat Weiss kurz vor seinem Tod dem Wiener Stadt- und Landesarchiv überlassen.

Mit Erwin Weiss haben wir einen Kämpfer für unsere Ideale und einen lieben Menschen verloren. Er wird uns sehr fehlen. ■

**Erwin Weiss schuf viele Lieder für die Arbeiterbewegung**

Foto: Eric Nauntieufel

## Neues Mahnmal in der Gruppe 40

Über Anregung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, dem der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, der KZ-Verband und die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten angehören, hat Bürgermeister Dr. Michael Häupl die Initiative für die Errichtung eines Mahnmals auf dem Areal der Gruppe 40 ergriffen. Die Stadt Wien wird das Denkmal den im Wiener Landesgericht und auf dem Schießplatz Kagran hingerichteten Opfern der NS-Gerichte, die in der Gruppe 40 beigesetzt sind, widmen. Das Mahnmal soll anlässlich der sechzigjährigen Erinnerung an die Befreiung im Jahre 1945 der Öffentlichkeit übergeben werden.

In der Nähe des geplanten Denkmals befindet sich schon seit langer Zeit ein von der Stadt Wien gewidmetes großes Mahnmal für die Opfer des Bombenkrieges in Wien 1944–1945.

Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs haben diese Zusage von Bürgermeister Häupl und Vizebürgermeister Rieder mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen und den Dank dafür ausgesprochen.

Foto: H. Exenberger, H. Riedel, „Mitläuferschießplatz Kagran" – DÖW

**Ein Opfer von vielen: G. Horn**

# 1945–1948: Die

Die Entnazifizierung in Österreich wurde noch nie so genau und ausführlich untersucht wie in dem eben erschienenen, vom Archiv der Stadt Linz herausgegebenen, 730 Seiten starken Buch „Entnazifizierung im regionalen Vergleich", herausgegeben von Walter Schuster und Wolfgang Weber. Die Autoren ergänzen die Vorgänge dabei in Österreich mit einem Vergleich mit Bayern und Baden-Württemberg. Weder in Österreich noch in Süddeutschland führte die Entnazifizierung – trotz des hohen bürokratischen Aufwands ihrer Durchführung – zum gesellschaftlichen Umbruch, etwa in der Form eines kompletten Elitenaustauschs.

**Die Ursachen** dafür sind im unterschiedlichen Herangehen der Besatzungsmächte an dieses Problem, in der sich bald herausstellenden Tatsache, dass ohne die Fachkenntnisse so mancher ehemaliger Nationalsozialisten der Wiederaufbau einer demokratischen Gesellschaft nicht möglich war und schließlich im Ausbruch des „Kalten Krieges" zu suchen. Österreich zählte 1945 rund 550.000 NS-Mitglieder, das waren acht Prozent, zusammen mit den engsten Familienangehörigen aber ein Viertel der Wohnbevölkerung. Dazu kam, dass man in Österreich unter Entnazifizierung auch die Entfernung von „Reichsdeutschen" aus ihren Positionen verstand.

**Die Regierung Renner** erließ bereits am 8. Mai 1945 per Gesetz ein Verbot der NSDAP und ihrer Gliederungen; deren ehemalige Mitglieder wurden Sondergesetzen unterstellt; so hatten sie bei der ersten Nationalratswahl kein Stimmrecht. Alle Personen, die zwischen 1. Juli 1933 und 27.4.1945 Mitglieder der NSDAP oder eines ihrer Wehrverbände waren, mussten sich registrieren lassen. Da die Regierung in Wien vorerst von den Westalliierten nicht anerkannt wurde, blieb die Durchführung dieser Bestimmungen zunächst auf die Sowjetzone beschränkt. Zum Unterschied von den Russen errichteten Amerikaner und Briten in Glasenbach (Salzburg) bzw. Wolfsberg (Kärnten) Anhaltelager für mehr oder weniger prominente „Ehemalige".

**Erst im Februar 1946** bekam das NS-Verbotsgesetz bundesweit Gültigkeit. Neben den Kriegsverbrechern, die – zum Teil durch die Alliierten – in gesonderten Prozessen abgeurteilt wurden, teilte das Gesetz die NS-Mitglieder in „Belastete" und „Minderbelastete" ein. Gegen „Belastete" gab es Gerichtsverfahren, die „Minderbelasteten" mussten Sühneabgaben, auch in Form von Aufräumungsarbeiten, leisten. Rund 170.000 wurden aus dem öffentlichen Dienst und privaten Betrieben entlassen, viele von ihnen allerdings nur vorübergehend.

1948 beschloss der Nationalrat eine Amnestie für die Minderbelasteten; sie durften 1949 wieder an den Wahlen teilnehmen, was dem neu gegründeten „Verband der Unabhängigen" (VdU) auf Anhieb 15 Mandate brachte. 1957 wurden auch die „Belasteten" amnestiert. Sehr bald begannen dann die beiden Großparteien, von den Alliierten Lockerungen zu verlangen und um „Ehemalige" als Mitglieder in ihren Reihen zu werben.

**Auch wird darauf** aufmerksam gemacht, wie diffizil speziell das Problem der „Mitläufer" ist (das galt auch für die Situation in Deutschland). Ihre Mitgliedschaft war im Regelfall viel weniger durch weltanschauliche Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus als durch wirtschaftliche und Karriere-Interessen geprägt.

**Ein österreichischer Sonderfall** ist das Problem der

# gebremste Entnazifizierung

„Illegalen", war doch die NSDAP bis Juni 1933 eine legale Partei. Ihr Verbot erfolgte ebenso wie das der Sozialdemokraten und der Kommunisten durch eine Regierung des Verfassungsbruches. Dennoch wurden im Lichte der Tatsache, dass auch „Ständestaat"-Vertreter in den Konzentrationslagern Seite an Seite mit den Linken litten und starben, austrofaschistische Funktionäre nicht beheiligt. Jedoch erhielten die linken Gegner des Ständestaats, die in Anhaltelagern und Gefängnissen saßen, Anspruch auf Entschädigung, es gab also Opfer, aber keine Täter des Austrofaschismus.

**Obwohl sich** die Entnazifizierung in Österreich und Westdeutschland dadurch unterschied, dass die deutschen Stellen zwar in den Säuberungsprozess eingebunden waren, aber keine Entscheidungsbefugnis hatten, während die österreichischen Behörden bei Handhabung des Verbotsgesetzes weitgehend unabhängig waren, lässt sich nicht sagen, dass die Entnazifizierung in Österreich nicht oder weniger statt gefunden hat als in Deutschland. Insbesondere wurde in Deutschland nie ein Verbotsgesetz wie in Österreich beschlossen, die NSDAP wurde von den Alliierten aufgelöst, und die Verfolgung von verfassungsfeindlicher Wiederbetätigung in der Bundesrepublik Deutschland obliegt dem Verfassungsschutz und dem Bundesverfassungsgericht. ■

*Manfred Scheuch*

# Südtirol: „Persilschein" für alle

Der rührige Innsbrucker Studienverlag hat mit dem von Gerald Steinacher herausgegebenen Sammelband „Südtirol im Dritten Reich 1943–1945" ein kurzes, wenn auch keineswegs folgenloses Kapitel der Südtiroler Geschichte in Erinnerung gebracht. Im Zusammenhang mit Entnazifizierung und Entfaschisierung, wie dies einige Abschnitte des Buches beleuchten, zeigt sich, dass dergleichen de facto nicht stattfand.

**Die ethnische Zweiteilung** Südtirols führte zu einer besonderen Behandlung von „epurazione" (Vergangenheitsbewältigung des italienischen Faschismus) und Entnazifizierung: Sie fanden nicht statt. Das lag daran, dass die Konfliktlinien ethnischer statt sozialer Natur waren und blieben. Auch der Widerstand, der im übrigen Italien bei der „epurazione" eine wichtige (wenn auch zeitlich durch den Kalten Krieg begrenzte) Rolle innehatte, befand sich in ethnischer Konkurrenzsituation. Die Vertreter der italienischen Resistenza betonten die Opferrolle des italienischen Bevölkerungsteils während des De-facto-Anschlusses des Landes an das Hitlerreich und nahmen auch die alten Faschisten für die Abwehr österreichischer Ansprüche bei den Friedensverhandlungen in Anspruch. Die Südtiroler wieder verwiesen auf die zwei Jahrzehnte faschistisch-nationalistischer Unterdrückung ihrer ethnischen Identität durch Mussolini. Diese Situation ergab schließlich – auch mit dem Segen der Kirche – die Erteilung eines „Persilscheins" für alle, für ehemalige Faschisten wie Nazis. Ein regelrechter Tauschhandel zwischen Belasteten da und dort verhinderte den Elitenaustausch und festigte die ethnische Trennung der Zivilgesellschaft, nicht zuletzt durch den Anspruch der Südtiroler Volkspartei auf die Alleinvertretung der gesamten deutschen und ladinischen Volksgruppe (der „österreichischen Minderheit", wie Kreisky dies 1959 vor der UNO formulierte, als er nach dem Bombenterror eine echte Autonomie einforderte).

Obwohl nur von kurzer Dauer, spielte für die Haltung der Südiroler die nur zwanzig Monate währende Einverleibung der Provinz durch Deutschland im Rahmen der im Herbst 1943 gebildeten „Operationszone Alpenvorland" eine nicht unwichtige Rolle. Nach der Kapitulation Italiens, der deutschen Okkupation und der Einsetzung des befreiten Mussolini als Marionette einer „Repubblica Sociale Italiana" wurden zwei „Operationszonen" – „Alpenvorland" mit den Provinzen Bozen, Trient, Belluno und „Adriatisches Küstenland" (Udine, Istrien, Laibach) – seiner Jurisdiktion entzogen und einer deutschen Zivilverwaltung unterstellt.

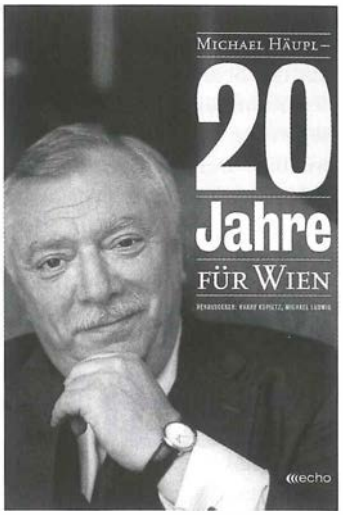
**Oberster Herr** im „Alpenvorland" war der Gauleiter von Tirol-Vorarlberg, Franz Hofer. Durch ein Verbot aller Parteien in Südtirol, das auch formell die NSDAP einschloss, entzog er Mussolinis Faschistenpartei jede Aktivitätsmöglichkeit. Die Südtiroler Bevölkerung begrüßte den Einmarsch der Wehrmacht zum Teil mit Jubel. Vergessen war, was noch wenige Jahre zuvor als Hitlers Verrat empfunden worden war – das Abkommen, durch das die Südtiroler zur Option für Deutschland oder Italien gezwungen wurden; die Aussiedlung der „Optanten" ins Reich (mehr als 80 Prozent votierten für Deutschland), für die Himmler die Ansiedlung in Burgund oder gar auf der Krim vorgesehen hatte, wurde durch den Krieg rasch unterbrochen. Trotz der sich abzeichnenden Niederlage Deutschlands hegten 1943 viele die Hoffnung auf ein Ende der italienischen Bevormundung. Hofer behandelte die Provinz Bozen wie einen Teil Deutschlands. Die Südtiroler bekamen über Nacht ihre deutschen Schulen, ihre Ortstafeln, ihren deutschsprachigen Amtsverkehr. Die „Dableiber", die für Italien optiert hatten, wurden nun mit Misstrauen betrachtet (aus ihren Reihen kam der eher schwache – katholisch-konservative – Widerstand, der auch mit alliierten Geheimdiensten in Verbindung trat und von diesen mit vagen Versprechungen für eine Rückkehr zu Österreich gespeist wurde). Die Italiener im Land fühlten sich in ihrer Existenz bedroht. Für Hitlers Bedarf an Soldaten mussten die nun zu Wehrmacht und Polizei eingezogenen Südtiroler hohen Blutzoll leisten. So traf der Anschlag in der römischen Via Rastella das Polizeiregiment „Bozen", und für den Tod von 32 Südtirolern nahmen die Deutschen mit der Ermordung der zehnfachen Zahl von Geiseln in den Ardeatinischen Höhlen grausame Rache.

**Die hohe Akzeptanz** der NS-Herrschaft durch die Südtiroler trug dazu bei, dass eine einheitliche Vertretung der deutschsprachigen Bevölkerungsmehrheit fehlte und die einziehenden Amerikaner die Verwaltung der Provinz so den Partisanenführern der Resistenza übergaben – der erste Schritt zur Ablehnung der von den Südtirolern und von Österreich geforderten Rückkehr zu der staatlichen Einheit, die durch sieben Jahrhunderte das gemeinsame Dach gebildet hatte. ■

# Im Blickpunkt: Michael Häupl

Gleich drei gute Gründe gab es für das Fest für Wiens Bürgermeister Dr. Michael Häupl, zu dem das „Wiener Bezirksblatt" in die neue Messehalle im Prater eingeladen hatte. Häupl feierte nämlich nicht nur seinen 55. Geburtstag, sondern auch das zehnjährige Jubiläum als Bürgermeister und das zwanzigjährige seiner Tätigkeit als Kommunalpolitiker.

**Geburtstagsgeschenk** für den Bürgermeister war das von Wiens Landesparteisekretär Prof. Harry Kopietz und Bildungssekretär Dr. Michael Ludwig herausgegebene Buch „Michael Häupl – 20 Jahre für Wien" (erschienen im echomedia verlag). Mit zahlreichen Illustrationen zu Leben und Wirken des Jubilars versehen, haben darin 23 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ihre Erfahrungen mit und ihre Meinung über den Freund, den Wissenschaftler, den Politiker, kurz den Menschen Michael Häupl festgehalten. Und aus diesen bunten Bildern, keineswegs nur von Parteifreunden gezeichnet, ergibt sich eine Persönlichkeit, die mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, die ihm bei den Wahlen so großes Vertrauen entgegenbrachten, ebenso vertraut ist wie mit Kapazitäten aus Wirtschaft, Kultur oder auch des internationalen Parketts. Angeschlossen ist eine Chronologie des kommunalen Wirkens Häupls, mit dem er zunächst als junger Gemeinderat, dann, seit 1988, von Helmut Zilk berufen, als Umweltstadtrat und schließlich seit 1994 als Bürgermeister für ein für alle Menschen in dieser Stadt lebenswertes Wien gesorgt hat. Diese Chronologie positiver Reformen, die Wien zu einem Gegenbild dessen macht, was die gegenwärtige Bundesregierung den Österreichern zumutet, wird zweifellos fortgesetzt werden. ■




# Ustascha-Denkmal in Kärnten?

Um die Errichtung eines Denkmals für die 1945 bei Bleiburg (Kärnten) von den Briten an die Tito-Partisanen ausgelieferten und zum Großteil getöteten Ustascha-Anhänger hat sich eine heftige Debatte entwickelt. Die kroatische Regierung will für diesen Zweck um 125.000 Euro ein 14.000 Quadratmeter großes Grundstück kaufen.

Während Bürgermeister Stefan Visotschnig (SP) damit einverstanden wäre und Landeshauptmann Jörg Haider keine Einwände hat, sind die Vertreter des Rates der Kärntner Slowenen dagegen; SP-Vorsitzender Peter Ambrozy will den Bleiburger Bürgermeister zum Abrücken von dem Vorhaben bewegen.

**In den Raum Bleiburg** hatten sich bei Kriegsende 1945 zahlreiche Einheiten der verschiedenen Truppen geflüchtet, die an der Seite der Deutschen vor allem gegen Titos Partisanen gekämpft hatten: kroatische Armeesoldaten, Domobranen und Ustaschi sowie slowenische Weißgardisten des Generals Rupnik. Der britische Feldmarschall Alexander gab den Befehl zur schubweisen Auslieferung von mehr als 100.000 Kroaten, Bosniaken und Slowenen an Titos Volksbefreiungsarmee. Schon auf dem Bleiburger Feld und dann jenseits der Grenze kam es zu Massakern, denen vor allem die Ustascha-Angehörigen und Rupnik-Gardisten zum Opfer fielen; die Überlebenden kamen in Lager.

**Das Denkmal-Projekt** der kroatischen HDZ-Regierung kommt insofern überraschend, als sie erst kürzlich Auslandskroaten aufgefordert hat, keine Denkmäler mehr für das faschistische Ustascha-Regime zu errichten, das für die Ermordung von Hunderttausenden Serben und Juden verantwortlich ist. Übrigens: Anders als viele seiner (nicht immer freiwilligen) Kämpfer entkam der Ustascha-Staatschef von Hitlers Gnaden, Ante Pavelic, mit kirchlicher Hilfe nach Argentinien. ■

**Einladung**

zum Gedenkmarsch für die Opfer des Faschismus 1934–1945
am 1. November 2004
Wiener Zentralfriedhof,
2. Tor, 8.30 Uhr

**Impressum:**

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: http//www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0

**Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Herrn DIR. PROF.
JOHANNES SCHWANTNER
DARINGERG.14/25/6
1190 WIEN